

## Berlins Haushalt.

Der Berliner Magistrat für 190 v. H. Einkommensteuer.

In der Berliner Stadtverordnetenversammlung hatte gestern der Rämmerer das Wort. Doch bevor er ein Bild vom Haushalt Berlins entwarf und die Notwendigkeit der Steuererhöhung begründete, gab es noch eine Reihe kleinerer Vorlagen zu erledigen.

Vorsteher Mischelet widmete dem dahingegangenen Stadtältesten Geh. Regierungsrat Friedel einen warmen Nachruf. Dann wurde für Durchführung der Maßnahmen zur Vinderung der Mäbelnot zunächst ein Kredit von 600 000 Mark entsprechend dem Antrage des Magistrats bewilligt. Die Vorlage auf Erhöhung des Wasserpreises wurde nach längerer Erörterung in namentlicher Abstimmung mit 78 gegen 34 Stimmen angenommen.

Alsdann erhielt der Rämmerer das Wort. Er glaubt, daß man beim gemeindlichen Steuerzuschlag nicht unter 190 v. H. gehen könne, so sehr er auch darauf bedacht sei, die Berliner Bürgerschaft nicht allzu sehr zu belasten. Zum Schluß streift der Rämmerer die Frage des Lastenausgleiches. Man hat eine überraschende Lösung dafür gefunden, die in Wirklichkeit freilich keine ist und nur dazu beitragen wird, den Groß-Berliner Gedanken zu stärken. Zum Schluß mahnt der Rämmerer, bei der altbewährten, gesunden Berliner Finanzpolitik zu bleiben. Im einzelnen führte er aus:

Der Haushaltsplan für 1918 sei mager, aber doch gesund. Dennoch sei die Zeit vorbei, wo die Stadt noch aus Reserven Mittel zur Deckung laufender Ausgaben entnehmen konnte. Die Reserven seien aufgebraucht und das ablaufende Rechnungsjahr weise dazu noch 84 Millionen Mark an Ausgabe-Überschreitungen auf. Weiter komme hinzu, daß im Voranschlag die Ausgaben für Beamtenentlohnungszulagen nicht enthalten sind.

Für die Beurteilung der allgemeinen Lage des Stadthaushalts 1918 fällt weiter ins Gewicht, daß wir einen großen Teil von im Kriege beschlossenen Ausgaben auf Kriegsvorschußkonto, d. h. außerhalb des Stadthaushalts buchen. Ausgaben, von denen teilweise mit Wahrscheinlichkeit, ja mit Bestimmtheit gesagt werden muß, daß sie dauernd oder wenigstens für lange Jahre vom laufenden Haushalt nach dem Kriege zu tragen sind. Ich nenne zuerst die Zinsen der städtischen Kriegsschuld, deren Summe ich zurzeit auf 12 Millionen jährlich schätze. Ich erwähne weiter die Aufwendungen für Arbeitslosen-, Kriegshinterbliebenen- und Kriegsbeschädigtenfürsorge, die auch schon nach Millionen rechnen. Auch die Kriegszulagen der Beamten und Lehrer sind mit mehreren Millionen im Vorschußkonto verblieben. Wir werden jede sich bietende Gelegenheit benutzen, die Summen nach Lage der Dinge als laufende zu betrachten und die deshalb von Rechts wegen auch aus laufenden Mitteln des Stadthaushalts zu bestreiten sind.

Wenn ich dem Magistrat dahingehende Vorschläge heute nicht gemacht habe, so unterblieb es deshalb, weil mir eine Erhöhung des Einkommensteuerzuschlages um mehr als 30 Prozent nicht angänzlich schien. Ich muß aber sagen, daß ich das ununterbrochene Anwachsen unserer Anleihekonten mit rechter Sorge betrachte.

Meine Herren! Bei der Deckung des Finanzbedarfs aus Ueberschüssen der Werke und Steuern haben wir durchaus bewußt eine bestimmte Politik während des Krieges verfolgt. Vor dem Kriege deckten die Werke etwa 10 bis 12 v. H. des gesamten Finanzbedarfs, die Steuern den Rest mit 88 bis 90 v. H. Dies Verhältnis hat sich wesentlich verschoben. Bereits 1915 war ein Zuschuß von 10 Millionen nötig, der aus Steuern aufgebracht worden ist: 1916 wurde der gesamte Finanzbedarf ausschließlich von den Steuern übernommen. Der Haushaltsplan von 1918 aber erfordert einen bedeutenden Zuschuß aus Steuern zum Betriebe der Werke. Er beträgt etwas über 8 v. H. des Finanzbedarfs. Sehen wir die Steuern im Haushaltsplan von 1918 etwas näher an. Die Lustbarkeitssteuer konnte

mit mehr als dem Doppelten des Betrags des laufenden Jahres mit zwei Millionen Mark in Ansatz gebracht werden, und auch die Umsatzsteuer weist ein erheblich höheres Erträgnis auf. Die Gewerbesteuer und die Einkommensteuer haben den Löwenanteil der Mehrlasten des neuen Haushalts aufzubringen, die Gewerbesteuer rund drei Millionen Mark, die Einkommensteuer 18,8 Millionen Mark. Nach meinen an den verschiedensten maßgebenden Stellen eingezogenen Erkundigungen ist das Ergebnis der Veranlagung für 1918 durchaus günstig zu beurteilen. Ich freue mich, erwähnen zu können, daß auch für Zwecke der Wohnungsfürsorge, und zwar an erster Stelle ein Betrag von einer Million Mark aus 1916 zurückgestellt werden soll. Ich kehre zur Einkommensteuer zurück. Bei ruhiger Prüfung aller Umstände muß ich die Ueberzeugung aussprechen, daß der Stadthaushalt nicht unter 190 v. H. Einkommensteuerzuschlag ins Gleichgewicht zu bringen ist.

Ich bin in diesem Plenum wiederholt gefragt worden, ob ich den städtischen Körperschaften ein großzügiges Finanzprogramm vorlegen könne. Ich will versuchen, einige Gedanken vorzubringen. Nach dem Kriege wird es in erster Reihe unsere Aufgabe sein, die bestehenden Werke in erheblich stärkerem Umfange als früher zur Deckung des allgemeinen Bedarfs heranzuziehen und besonders die Gaswerke leistungsfähiger zu machen. Wenn möglich, werden wir versuchen müssen, durch neue städtische Werke neue Einnahmequellen zu erschließen. Wir müssen damit rechnen, daß das Kommunalabgabengesetz und die staatliche Steuergesetzgebung eine erhebliche Umgestaltung erfahren werden, bei der die Progression der Einkommensteuer zu verstärken und die Veranlagung der Gewerbesteuer einer weitgehenden Aenderung zu unterziehen sein werden. Bei der Einkommensteuer wird die Berücksichtigung der Kinderzahl eine Rolle zu spielen haben, auch wird wohl das steuerfreie Existenzminimum erhöht abgesetzt werden müssen.

### Der Lastenausgleich.

Im vorigen Jahr um diese Zeit haben wir uns hier ausführlich mit dem Groß-Berliner Lastenausgleich beschäftigt. Wer hätte damals geglaubt, daß die Frage des Lastenausgleiches und die Groß-Berliner Frage überhaupt so unsagbar einfach zu lösen sei, wie es jetzt durch das Vorgehen der Provinz Brandenburg versucht worden ist. Handelt es sich aber wirklich um einen Lastenausgleich und um eine Lösung der Groß-Berliner Frage? Ich glaube, das wird entschieden zu verneinen sein. Unzweifelhaft hat der Gedanke eines zweckmäßigen Verwaltungszusammenschlusses in Groß-Berlin während der letzten Jahre bedeutend an Kraft und Nachdruck gewonnen. Diesem Bedürfnis trägt das Provinzialgesetz in keiner Weise Rechnung. Die Provinz teilt, um sich die Gesamtsteuerleistung Groß-Berlins zu erhalten, im wesentlichen auf Kosten Berlins erkleckliche Trinkgelder aus, und verübt zugleich einen schweren Schlag gegen die Selbstverwaltung. Auf dem Wege der Zuteilung von Geldern an leistungsschwache Gemeinden und der immerhin möglichen noch höheren Belastung der leistungsfähigen Gemeinden werden beide in Abhängigkeit von der Provinz zu bringen versucht. Ich glaube, ganz Groß-Berlin sträubt sich einmütig gegen dieses Vorgehen der Provinz Brandenburg. Es wird nur die Folge haben, daß die Bestrebungen nach einer Verwaltungsgemeinschaft in Groß-Berlin an Umfang und Kraft gewinnen werden. Dazu wollen wir Berliner unser redlich Teil beitragen.

Stadt. Cassel (L.): Die Etatsroße des Rämmerers scheint die Einnahmen doch zu niedrig eingeschätzt zu haben. Für die großen Lebensmittelvorräte, die wir eingekauft haben, müssen doch auch entsprechende Summen eingehen. Der Einkommensteuerzuschlag von 190 Prozent erscheint viel zu hoch. (Sehr richtig!) Die Einkommen- und Gewerbesteuer bringen sicherlich eine so gesteigerte Einnahme, daß schon dadurch die Beibehaltung des bisherigen Steuerfußes ermöglicht wird. Sicherem Vernehmen nach hat auch der Etat von 1917 einen Ueberschuß von 17 Millionen ergeben, den wir sehr wohl zur Entlastung der Steuerzahler verwenden können. Wir wollen keine Theaurierungspolitik treiben, und wir werden mit 170—175 Prozent Zuschlag auskommen können. (Bei-

ball.) Der Redner unterstreicht dann die Ausführungen des Rämmerers gegen den sogenannten „Lastenausgleich“.

Stadt. Dr. Wenzl (U. Soz.): Der Etat ist schlechter Kriegserfaß. Der sogenannte Lastenausgleich des Provinziallandtages bedeutet eine Schmiergeldverteilung, um den Groß-Berliner Gedanken zu schädigen. Der Redner übt weiter heftige Kritik an der Handhabung der Straßenreinigung, der Beleuchtung, Massenspeisung und der meisten übrigen Verwaltungszweige.

Stadt. Mommsen (Fr. Fr.): Die städtischen Beamten, hoch und niedrig, die auch im verflochtenen Kriegsjahre ihre Pflicht unter den schwierigsten Verhältnissen erfüllt haben, verdienen den Dank der Bürgerschaft. (Beifall.) Im Krieg Spartöpfe aufzusammeln, dazu ist die Stadt Berlin nicht berechtigt. (Sehr richtig!) Die reine Kommunalwirtschaft, wie wir sie bei Gas und Elektrizität betreiben, hat sich in diesem Krieg als verfehlt erwiesen. (Sehr richtig!) Mindestens sollten wir zum gemischtwirtschaftlichen Betrieb übergehen. (Beifall.)

Der Etat wurde schließlich einem Ausschuss überwiesen.